



**Die Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Hattersheim am Main
XI. Wahlperiode**

Drucksache Nr. 653

Antrag
der Fraktionen von **CDU, FWG, FDP**
betr. **Landesgesetz „Starke Heimat Hessen“**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hattersheim am Main lehnt die Hessenumlage nach dem geplanten Landesgesetz „Starke Heimat Hessen“ ab.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hattersheim am Main unterstützt die Position des Hessischen Städtetages gegenüber der Landesregierung in diesem Gesetzgebungsverfahren.

Begründung:

Mit Recht haben sich die Kommunen über eine erhöhte Gewerbesteuerumlage an den Kosten der deutschen Einheit beteiligt. Dieses Bundesgesetz läuft zum 31.12. 2019 aus. Somit stehen alleine den hessischen Kommunen ab 1.1. 2020 jährlich rund 400 Mio Euro zusätzlich zur Verfügung. Die Hessische Landesregierung beabsichtigt aber hiervon lediglich 25% an die Kommunen auszuschütten. Mit den übrigen rund 300 Mio Euro sollen neue Landesprogramme und die Aufstockung des KFA für finanzschwache Kommunen finanziert werden. Hierfür müssen originäre Landesmittel verwandt werden, ansonsten ist dies ein Eingriff in die kommunale Finanzhoheit. Die Stadt Hattersheim verliert hierdurch jährlich ca. 750.000 Euro an Einnahmen, die dringend für eigene Investitionen benötigt werden.

Hattersheim/Main, 14. Okt. 2019

gez. Michael Minnert

(CDU-Fraktion)

gez. Willi Torka

(FWG-Fraktion)

gez. Dietrich Muth

(FDP-Fraktion)